

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt
Morgen - Ausgabe

Er scheint täglich normal; Sonntags nur morgens, Montag nur abends.
Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25

Haupt-Expeditionen
SW. Fehlfamer Straße 46/49
Telephon Amt L Nr. 10181-10184

Redaktion: Fehlfamer Straße 46/49.
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte über-
nimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Carl Volkart, Berlin W.
Beslag: Druck: Rudolf Woffe, Berlin SW.

Süß und Volk.

Ueber einen Regenten muß man kein Urteil haben als bis er zwanzig Jahre regiert hat.
Johann Gottfried Seume.
Im einundzwanzigsten Regierungsjahre mußte es der Kaiser Wilhelm I. erleben, daß im Deutschen Reichstage an seiner Regierungsmethode von allen Seiten des Hauses scharfe Kritik geübt wurde.

ihre schwache Seite ausfinden, und schlau und schlecht-
denkend genug, sie zu mißbrauchen.

Des Kaisers politische Anschauungen sind von ihm selbst wiederholt durch gewisse Sentenzen hitzig erleuchtet worden, nicht selten so beleuchtet, daß sie den entschiedensten Widerspruch des allergrößten Teiles des deutschen Volkes herausforderten.
So war eins seiner ersten Bekenntnisse, daß die preussischen Wägen „die Geßeln und Befehle der Nation“ seien; eine Ansicht, zu der sich der nichtabläge Teil des deutschen Volkes, und das ist die erwerbslose Mehrzahl, nun und nimmer befehlen wird; denn der Wert des Reichens beruht in seiner Persönlichkeit selbst, nicht in seinen 16 oder 32 Äyren.

Daran schloß sich die erste Beratung des Antrages Schiffer, der bei Zulassung der Volkskammerleherer zum Schöffensamt forderte. Der Antrag fand sympathische Aufnahme und ging an die Interdisziplinarkommission.
Morgen beginnt die zweite Beratung der Besoldungs-
vorlage.

Der Reichstag

beriet gestern die Vorlage über die Subvention, die dem Norddeutschen Lloyd zur Aufrechterhaltung seiner Dampferlinien Australien-Pangong und Neu-Guinea-Eingangsge-
zahlt werden soll. Der Gelegenheitswurf wurde von den Staats-
sekretern v. Bethmann-Hollweg und v. Dewing
angelegenlich erörtert, und von allen Parteien mit Ausnahme des Zentrums und der Sozialdemokraten
willkommen geheißen, mit besonderer Inbrunst von
den Herren Semler (natl.) und Hermann (fr. Rp.).
Das Zentrum belegte seine Gegenstände mit finanziell-
prinzipiellen Gründen, wie Herr Erzberger sich sehr
diplomatisch ausdrückte, die Sozialdemokraten erklärten, daß
der Lloyd, der seinen Seelerten das Sozialienrecht vor-
enthalte und farbige Beschäftigte, einer Unterfertigung aus
Reichsmitteln nicht wärdig sei, zumal bei den herrschenden
schlechten Zeiten.
Morgen soll der sozialdemokratische Antrag bezüglich der
landwirtschaftlichen Arbeiter weiter beraten werden.

Der Herr von Januschau

und die süddeutschen Demokraten.
Aus Süddeutschland wird uns geschrieben:
Der Herr von Januschau, der ostbairische Junker v. Oldenburg
ist von einer wahrhaft erschreckenden Unbefangenheit, tritt in Wasser-
stiefeln auf und maact aus seinem Junkerleben keine Mühsal.
Man weiß, wozu man mit ihm ist, unerbittlich trägt er seinen
Klassengegnern zur Schau. Er glaubt an das „alte Preußen“,
und daß bei dem nicht die Junker eine moralische Nieder-
lage erlitten haben, sondern daß preussische Volk selbst.
Daß seine jüngsten Offenherzigkeiten gerade bei der Debatte über die
Wahlreform, also bei einer Sache, bei der auch die preussischen
Junker einmal ausnahmsweise etwas für den Staat opfern sollen,
hervortreten, läßt seine Unbefangenheit in besonders erschreckender
Art erkennen.

Der Fall ist nicht häufig dagewesen, daß nach einer
Regierung von zwei Jahrzehnten der erste Beamte eines
Reiches im Auftrag der Volksvertretung dem Herrscher sagen
mußte, daß es „so nicht weiter gehen könne“, nachdem so
ziemlich die gesamte Presse bis tief in die royalistischen Kreise
hinein dieser Anschauung, zum Teil in sehr entschiedenen
Weisungen, Ausdruck gegeben hatte.

Die Bedeutung dieses Ereignisses wirkt ihre Schatten
mit in erster Notwendigkeit auf den heutigen Tag, an dem
der Kaiser sein fünfzigstes Lebensjahr vollendet. Dazu war
denn doch das, was sich am 17. November im Neuen Palais
bei Potsdam abspielte, politisch zu gewichtig, als daß man
die Erinnerung daran beliebig auf einen Tag abschieben
könnte.

Wahrscheinlich muß ein objektiver Beurteiler der Dinge,
die seiner Tage sein Zustand und Ausland in Atem gehalten
haben, vor einer Ueberschätzung der Bedeutung im Reichs-
tage und der Wärdung im Neuen Palais warnen. Denn die
Kritik der Novembertage richtete sich mehr gegen das System,
gegen die Methode der persönlichen Politik, als gegen den
Inhalt und die Richtung dieser Politik selbst. Und wir
werden es demgemäß heute in zahllosen Varianten lesen,
daß wir einen Kaiser haben, „um den uns die
Welt beneidet.“

Die Worte ist, wie sich ältere Politiker erinnern, wörtlich
herübergenommen aus der Terminologie der ehemaligen
Bismarck-Diplomaten und Bismarck-Schwärmer, deren Verbüh-
mungsbedürfnis sich bis zu diesem geschmacklosen Superlativ
verstiegen hatte.

Unserer Meinung nach reichen auch zwanzig Jahre der
Regierung eines Herrschers noch nicht aus, über ihn selbst ein
vollkommen zureichendes Urteil zu gewinnen. Was weiß die
Welt von seinen Gedankengängen, von den Motiven, die ihn
bestimmen, dies zu tun und jenes zu unterlassen? Wie oft
haben wir die Kühnheit beobachtet, mit der uns die Eigen-
schaften und Absichten des Monarchen geschildert worden sind
von Leuten, die nie mit ihm ein Wort gewechselt haben. Im
gewöhnlichen Leben erlaubt man sich über irgend jemand ein
gerades Urteil, wenn man ihn näher kennen gelernt hat;
wenn man Gelegenheit hatte, seinen Charakter zu studieren,
seine Art und sein Wesen durch eigene Beobachtung genauer
zu erforschen. Ueber einen Fürsten glaubt jeder darauf los
Urteile zu fällen, auch wenn ihm sein Wesen ein Buch mit
sieben Siegeln ist. Am schlimmsten treiben es in dieser
Hinsicht die Byzantiner, die sich an jeden zufälligen Namen
heranzuhängen wissen. Und wenn ein Fürst mit den
übrigen Sterblichen noch so ergiebig das Schicksal teilt, mit
menschlichen Schwächen behaftet zu sein, ihnen ist er ein
Gottgott, der kaum noch mit menschlichem Maßstabe gemessen
werden kann.

Wie oft haben wir es lesen müssen, daß es kaum
einen Wissenschaftler gibt, in dem der Kaiser nicht Meister
wäre. Dinge, zu deren Kenntnis das jahrelange, oft
durch eine umfassende Lebensarbeit erweiterte Studium
der begabtesten Köpfe nötig ist, werden nach der Versicherung
der byzantinischen Schwärmer von dem Kaiser behandelt
„wie von dem hervorragendsten Fachmann“. Und überall,
wo immer ein großer Gelehrter, ein berühmter Schriftsteller, ein
bedeutender Vater, Minister, Schiffbauingenieur, Hü-
tenmeister, Aeronaot usw. usw., von dem Kaiser in ein Gespräch
gezogen worden ist, wußten die Byzantiner einer gewissen
Presse zu berichten von dem grenzenlosen Erschauen d. der
Herren über die noch grenzenloseren Spezialkenntnisse des
Kaisers.

Es besteht sich von selbst, daß solche Vereinnahmungen
dem monarchischen Vorkulturstreife nicht schaden als
nützen, wie es überhaupt der Furcht aller an die Würde
der Mächtigen dieser Erde gerichteten Schwärmer ist, daß sie
die verkehrtesten Wirkungen in dem Verhältnisse zwischen
Fürst und Volk anrichtet. Nichts ist gefährlicher für einen
Monarchen, als wenn er sich der Byzantiner, die sich an ihn
heranzumachen, nicht erwehren kann. Denn die Schwärmer
finden die Schriftmacher der Mächte eines jeden, der, wie es
Wieland einst ausdrückte, den Fürsten „nahe genug ist, um

Bedenken wir ferner, wie in dem fährden Bundesstaate
des Deutschen Reiches, wie in Preußen eine Politik getrieben
werden kann und darf, die das Volk in fortwährend sich
steigernder Unzufriedenheit erhält mit einem Regierungssy-
stem, das der dringend erforderlichen Modernisierung des
preussischen Staatswesens in immer verhängnisvollerer
Weise hinderlich wird; so vernachlässigt wir schlechterdings
nicht einzunehmen in die Byzantinismen, die heute
nach altem Schema überall angestimmt werden. Wir unterseits
glauben nicht, daß die Schicksale eines Volkes von einer gleichsam
über der Wolken thronenden, alles Menschliche angeblich
weit aberragenden Persönlichkeit bestimmt werden. Sein
Schicksal baut sich jedes Volk selbst, das in seiner Gesamtheit
mächtig ist als das mächtigste Dynastengeschlecht und sein
jeweiliger erster Repräsentant.

Darum, wenn wir am fünfzigsten Geburtstage des
Deutschen Kaisers, nach zwei Jahrzehnten einer Regierung,
in der in Preußen die reaktionären Kräfte sich schärfer als
je betätigt haben, einen Wunsch hegen, so ist es der, daß
das preussische und deutsche Volk endlich die Kraft gewinnt,
sich selbst und seine Forderungen auf einem modernen,
liberalen Ausbau des Staatswesens wirksam durchzusetzen.

Die fährsten Feinde die freiheitliche Entwicklung eines
Landes lange verhindern und erschweren. Politische Frei-
heiten sollen aber auch gar nicht den Völkern als Geschenk in
den Schoß geworfen werden; denn Geschenke dieser Art
halten nicht lange; sie zerbröckeln in der Sand jeder Reaktion,
die hinter solchen „Gnabengaben“ feindlich einzuwirken
pflügt. Politische Freiheiten müssen erzwungen werden,
wenn sie den inneren Wert der Völkergüter haben sollen.

Wäre das deutsche Volk, wenn es heute die Bilanz des
208-jährigen Königsreichs Preußen und des neununddreißig-
jährigen Deutschen Reiches zieht, inne werden, wie wenig
freiheitlich und modern heute noch beide Staatsgebilde sind
und wie viel noch zu tun ist, damit sie es werden!

Abgelehnt!

Daß die Wahlrechtsdebatte im Abgeordneten-
hause gestern mit der Ablehnung der Anträge enden würde,
stand von vornherein fest. Immerhin ist es beachtenswert,
daß für den freisinnigen Antrag, mit der Stimmen das Zentrum,
die Polen und ein Teil der Nationalliberalen stimmten. Und
der Teil des nationalliberalen Antrages, der die direkte Wahl
forderte, wurde nur mit einer Zufallsmehrheit von drei
Stimmen verworfen, für die geheime Wahl stimmte sogar
ein freisinniger Vertreter. In der Ablehnung der gebildeten
Wahlrechtsentwürfe fanden sich aber wieder alle reaktionären
Parteien zu einer kompakten Masse zusammen; die Furcht
vor einer Schwächung des Wahlrechts überwiegt das
Gerechtigkeitsgefühl, und so besteht alles beim Alten.
In der gestrigen Debatte zog der Abgeordnete Dr. Fried-
berg, der Führer der Nationalliberalen, mit grobem Geschick
gegen die Konserwativen ins Feld; er bestritt diesen sogar die
Erfahrennotwendigkeit und stellte sich schärend vor Walow.
Aber selber wird's nicht viel. Er machte auch über die
preussische Wahlrechtsfrage viele und schon klingende
Worte; aber er vermochte mit ihnen nicht den Weg der
nationalliberalen Politik zu verküßern. Der in der Tatsache
liegt, daß die Nationalliberalen im Reich es das allgemeine,
gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zurzeit nicht anstufen,
es in Preußen aber nicht einführen wollen! Auch die größte
Professorenweisheit vermag diesen Unsinn nicht aus der Welt
zu schaffen.

Nachdem noch Herr Diemer eine Rede gehalten hatte,
die weder Fried noch Fiesler war, und nachdem Herr
v. Röcher die Sozialdemokratie gegen einen köstlichen
Vorwurf Wiemers in Schutz genommen hatte, kamen die
Schlußreden der Antragsteller und die Abstimmung.

Wie es das Preußen ist das Reich nicht, ohne dieses geht es
unter der Führung der süddeutschen Demokraten, einer südlichen Zu-
kunft entgegen“ — und das alles wegen der vermeintlichen „Nachlass-
steuer! Und weil Fürst Bismarck seinen Grundbesitz bei Ziffobers Hummel-
burg besitzt, leumt der Reichsfanzler die „Forderungen des Volkes“ nicht.
Um so besser leumt der Herr v. Januschau die „Forderungen des
Volkes“; er besitzt zwar unleseres Wissen, sondern Grundbesitz bei
Hummelburg, aber doch in Westpreußen — und das genügt, um die
Führung mit dem Volke nicht zu verlieren.

Man hat's der Herr von und über Januschau den Reichsfanzler
offen gezeigt, und wenn dieser nicht ganz verstockt ist, leumt er schon
nicht den süddeutschen Demokraten den Rücken, demnach lo Preußen vor
einer „hundertsten Zukunft“ und vor einer — Nachlasssteuer!
Der Herr von und über Januschau hat ein sündliches Gemüt, daß
in seiner Einsicht abt, was dem Reich und Preußen
bevoorzuziehen, wenn die süddeutschen Demokraten einmal das
Wort in die Hände bekommen sollten; er acht gar richtig, daß es
dann mit der Verschleiß des preussischen Junkertums im Reich aus ist.
Bewundern heißt es, daß der Herr von und über Januschau in
den Reihen der Konserwativen nicht zuerst genommen werde. Bei
manchen preussischen Hofkriegen, die lieber in eleganten Badestiefeln
einrückten, statt in Wasserfährten daherkunftigen, daß man es
überall hört, was der naive Junker Herr v. Oldenburg wieder als
ein „Schredensfaktum“ geschätzt werden, aber daß er vor uns ausgefallen
hat, was seine Räte demt und wußt, hat ihn ein anderer Junker,
Herr v. Truenfels, ausdrücklich lehrte.

Was ist die Wahrheit? Solange den Konserwativen der Reichs-
hof material wie überflüssige Opfer unterlegt, solange haben sie
ihm; wenn aber für das Reich in seinen finanziellen Notizen
von den Junkern auch einmal ein Opfer gebracht werden
soll, dann heissen sie auf den ganzen Reichshof und
malen dem angsterfüllten Volk um Ziff, Januschau und Hummel-
burg die lurchbare Jakobinerheraldik der „süddeutschen Demokraten“
an die Wand. An diese erweist sich, und was die Herren
von Januschau, Truenfels und ähnlichen ostbairischen Junkern in
einer Verfassungskonferenz, die „süddeutschen Demokraten“ eine „hundertste Zukunft“
des Reiches lehen, so sei ihnen ebenlo anständig gesagt, daß die
„süddeutschen Demokraten“ der Meinung sind, daß das Reich
so lange nicht aus seinem politischen und wirt-
schaftlichen Sumpfe kommen wird, so lange die
preussischen Junker in Preußen und damit
logischerweise auch im Reich in der Vorkerr-
schaft sind.

Und nun gar noch die preussische Wahlreform! Das
bedeutet den sicheren Untergang des alten Preußen! Hoher
Korngoll, Dreiklassenwahlrecht und sonstige Pri-
viliegen des Junkertums, das sind die starken Stellen,
auf denen Preußen und das Reich ruhen, und ohne die
die „süddeutschen Demokraten“ nicht mehr zu bestehen ist, natürlich auch nicht mehr — so schimpfen
die Konserwativen — der Sturz der Wionardie! Es war derselbe
Herr v. Januschau, der einst den Bundesfürsten den Rat gab, sich
Sturmabänder an ihre Kronen machen zu lassen, damit sie
ihnen nicht herunterfielen!

Ohne Preußen kein Reich — das ist gewiß ein wahrer Wert,
aber: daß das „alte“ Preußen mit einem Dreiklassenwahlrecht und der Junkerheraldik für das Reich
ein Schwerkrieg darstellt, daß ihm der freien Gang unmöglich macht.
Erst ein neues Preußen mit einer freien Volkvertretung, ohne
Junkerherrschschaft, wie es schon vor über hundert Jahren die